

## INHALT

Willkommen in Zürich! Peter Aisslinger .....	3
100 Jahre FDP der Stadt Zürich Regula Mann-Freihofner .....	5
Städtebau der Liberalen: Zürichs grosse Bauperiode 1860–1890 Dr. Pietro Maggi .....	6
Die Gründung des Freisinnigen Vereins der Stadt Zürich 1892 Peter Ziegler und Georg Sibler .....	13
Streiflichter aus der Geschichte der FDP der Stadt Zürich (Politische Flugschriften und Plakate aus dem Stadtarchiv Zürich) Roman G. Schönauer .....	17
Ins 2. Jahrhundert FDP der Stadt Zürich Dr. Christian Steinmann .....	23
Die Stärken unserer freisinnigen Frauen Kathrin Martelli-Kenner .....	25
Wohn- und Arbeitsstadt Zürich: Kein Widerspruch! Dr. Thomas Wagner .....	29
Gestaltung der Zukunft. Der Beitrag des nicht immer geliebten Zürcher Freisinns Prof. Dr. Rico Jagmetti .....	31
Die Unternehmung «Stadtverwaltung» Dr. Hans Wehrli .....	33

Konzept: Peter Aisslinger, Pietro Maggi, Regula Mann-Freihofner,  
Roman G. Schönauer, Georg Sibler.  
Im Auftrag der FDP der Stadt Zürich

Redaktion:  
Pietro Maggi

Druck: Fotorotar AG, Zürich und Egg

Der Druck der Festschrift wurde möglich dank der grosszügigen Unterstützung durch die Schweizerische Kreditanstalt.

Umschlagbild: Die Quai-Anlagen in Zürich im Juli 1887. Im Auftrag der Quai-Direktion nach der Natur und den Ausführungsplänen gezeichnet von Hofer & Burger. Verlag in Zürich. Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich.

## WILLKOMMEN IN ZÜRICH! WILLKOMMEN IM KREISE DER JUBILIERENDEN FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN PARTEI DER STADT ZÜRICH!

Im Namen des Organisationskomitees und der Freisinnig-Demokratischen Partei der Stadt Zürich begrüsse ich Sie recht herzlich zu den Zentenarfeierlichkeiten unserer Partei im Mai 1992 unter uns in Zürich.



Die Tagespolitik, die mittelfristige Strategie- und Politplanung wie auch das Erarbeiten von Programmen lassen Parteien häufig keinen Raum zum Innehalten. Innehalten bedeutet ja nicht Stillstehen, nicht An-Ort-Treten, sondern ein Sich-Absetzen vom Alltäglichen einerseits, vom Theoretischen andererseits.

Die Devise unserer Jubiläumsgründungsfeier wie auch dieser Festschrift soll sein, von erhöhter Warte aus Umschau zu halten und offene Blicke in alle Richtungen zu werfen. So wollen wir innehalten. Viele bisherige und aktive Parteimitglieder treffen sich aus diesem Anlass und zu diesem Zweck in Zürich.

Ob die Gemeinde Zürich wohl alle 100 Jahre vor schwierigen Entscheidungen steht? Waren vor 100 Jah-

ren Eingemeindungen das «Regionalgespräch», so laufen die Gespräche in den Quartieren jetzt eher in die entgegengesetzte Richtung. Welche politischen «Einheiten» und Zellen werden wohl in 100 Jahren die politische Landschaft in und um

Zürich herum prägen?

Wie vor hundert Jahren verhangen düstere Finanzwolken den Himmel. Sparbemühungen auf allen Ebenen sollen die Haushaltgleichgewichte wiederherstellen. Wie rasch wird dies wohl gelingen? Entschlossene Parteien mit klaren Absichten müssen hier an die Arbeit.

In diesem Sinn brechen die FDP der Stadt Zürich und mit ihr alle Parteimitglieder mutig in eine freisinnige Zukunft auf. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre bisherige Treue und fordern Sie auf, mit uns geschlossen und entschlossen freisinniges Gedankengut zu verbreiten und in die Tat umzusetzen! ■

*Peter Aisslinger*  
Kantonsrat



Der Bahnhof der Nordostbahn und das Polytechnikum, zwei der Paläste von Alfred Escher und Gottfried Semper. (Foto Romano Guler 1882)

**W**enn eine Partei auf ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken darf, ist dies der Moment, um Rückschau zu halten, aber auch um zukunftsorientierte Betrachtungen anzustellen. Wir dürfen stolz sein, dass wir während dieser vielen Jahre das politische Gesicht der Stadt entscheidend mitgeprägt haben, dass wir uns in dieser Zeit nicht aus der Verantwortung gestohlen haben, und dass aus unseren Reihen immer wieder grosse Namen und führende Persönlichkeiten hervorgegangen sind.

Wir wollen uns aber nicht damit begnügen, zufrieden auf die politischen Aktivitäten unserer Vorfahren zurückzusehen und uns in deren Erfolge zu sonnen. Wir selbst sind alle – Sie und ich – gefordert und verpflichtet, nicht zu ruhen, weiter Verantwortung zu tragen und mit viel Einsatz die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten.

Der Liberalismus ist die Leitidee der Freisinnig-Demokratischen Partei



und ihrer bürgerlichen Politik. Liberal zu sein ist aber eine grosse Herausforderung. Vorurteilsfrei soll nach freier Entfaltung der Persönlichkeit gestrebt werden und dies in einem Staatsgebilde, in welchem so viele Weltanschauungen, Persönlichkeiten, Bedürfnisse, Ängste aufeinanderprallen. Für alle diese Ansprüche und deren Lösungen muss nebeneinander Platz gefunden werden. Liberal sein verlangt somit auch Selbstbeschränkung und Eigenverantwortung, damit sich das freie Spiel der Kräfte nach demokratischen Regeln entfalten kann.

Die vorliegende Festschrift will den geschichtlichen Werdegang, aber auch die gegenwartsbezogene Einschätzung und die Ausblicke für ein zukunftsorientiertes Wirken unserer Stadtpartei beleuchten. ■

*Regula Mann-Freihofner  
Gemeinderätin  
Vizepräsidentin Stadtpartei*

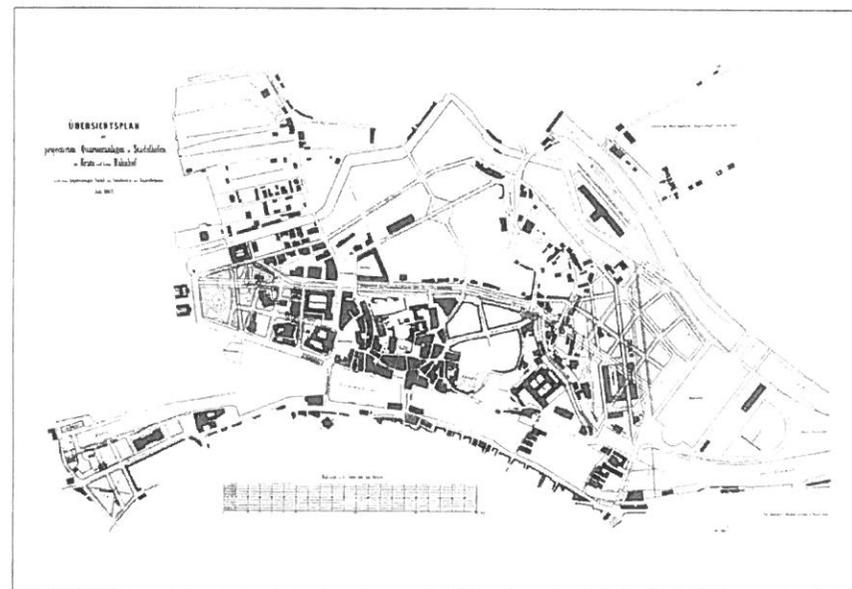
## STÄDTEBAU DER LIBERALEN: ZÜRICHS GROSSE BAUPERIODE 1860–1890

Die Kantonsverfassung von 1831 brachte nicht nur die endgültige Beseitigung des alten Stadtstaates, sondern ermöglichte auch die radikale Sprengung traditioneller Baustrukturen. Mit der Unbekümmertheit und Frische liberalen Aufschwungs wurden alte Zöpfe abgeschnitten, wurden die Mauern und Schanzen als militärisch nutzlose Relikte einer untergegangenen Epoche entfernt. Sie waren dem aufstrebenden Handel in seinem Bedürfnis nach leistungsfähigen Verkehrswegen nichts als hinderliche Enghnisse. In den 1830er und noch deutlicher in den 1860er Jahren legten grosszügige, zukunftsorientierte Bebauungsprojekte den Grund für einen zeitgemässen Strukturwandel in der Kernstadt und gaben Impulse für die jeweils folgende Periode. Während Jahrzehnten beherrschte der seit 1848 auch auf Bundesebene siegreiche Liberalismus fast selbstverständlich die Politik und schuf die wichtigsten Institutionen, auf denen die wirtschaftliche Entwicklung seit den 1850er Jahren aufbauen konnte. Die Zeit für grosse Werke war auch in Zürich reif, und vielseitig begabte liberale Persönlichkeiten arbeiteten gemeinsam an der Verwirklichung ihrer Vision einer zeitgemäss sich wandelnden Stadt. Dazu gehörten zwischen 1860 und 1890 in erster Linie der Wirtschaftsführer und Politiker Alfred Escher (1819–1882), die städtischen Bauherren (Bauvorsteher) Arnold Vögeli-Bodmer (1826–1915) und Caspar Conrad Ulrich (1846–1899), der Riesbacher Bauvorstand und Unternehmer Peter Emil Huber-Werdmüller (1836–1915) sowie der Ingenieur und Politiker Arnold Bürkli-Ziegler (1833–1894).

Wenn in der «grossen Bauperiode»

Zürichs unter republikanischen Verhältnissen auch kein System von Prunkstrassen mit grandiosen öffentlichen Bauten wie in den Kaiserstädten Wien und Paris entstehen konnte, so wurden doch wesentliche, das Stadtbild bis heute prägende Akzente gesetzt.

Zur Bewältigung der grossen Aufgaben schuf die Stadt Zürich zwei neue Institutionen: das «Baukollegium» als fachlichen Beirat für die Behörde und die Stelle eines Stadtingenieurs für Projektierung und Bauausführung. Ende 1859 wählte der Grosse Stadtrat (Gemeinderat) 15 Persönlichkeiten ins Baukollegium: Alfred Escher als Präsidenten (er musste bereits Anfang Januar 1861 gesundheitshalber zurücktreten, blieb aber die treibende Kraft im Hintergrund), Oberstleutnant Heinrich von Muralt, den städtischen Bauherrn (Bauamtsvorstand) Johann Jakob Locher (als Bauunternehmer ein Fachmann, er trat 1861 zurück), Stadtrat Hans Kaspar Freudweiler, Ingenieur Karl Pestalozzi (seit 1861 städtischer Bauherr, im Baukollegium aber abgelöst von Oberst Arnold Vögeli-Bodmer, Gemeinderat, Kantonsrat, seit 1865 städtischer Bauherr und zusammen mit Arnold Bürkli Motor der grossen, öffentlich und privat getragenen baulichen Stadtentwicklung jener Jahrzehnte), Architekt Jakob Breitinger, Stadtbaumeister Jakob Friedrich Wanner, Staatsbauinspektor Johann Kaspar Wolff, Stadtschreiber Eugen Escher, Johann Jakob Zeller-Klauser, Johannes Baur vom Hotel Baur, Oberstleutnant und Zeugherr Heinrich Weiss, Architekt Franz Meiner, Stadtrat Johann Heinrich Landolt und Kaufmann Hans Jakob Escher-Escher. Dank glücklicher Fügung



«Übersichtsplan der projektierten Quartieranlagen in Stadelhofen, im Kratz und beim Bahnhof, nach dem gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten des Baukollegiums». Sogeannter Generalbebauungsplan mit Anmerkung von Eugen Escher, wie er dem Kollegium in seiner 24. Sitzung vom 17. Januar 1862 vorlag.

konnte 1860 mit Arnold Bürkli – er wurde in den folgenden Jahren Gemeinde- und Kantonsrat, Führer der Liberalen Partei, Nationalrat, international anerkannter Wasserbaufachmann, Präsident des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins, Zunftmeister zur Meisen und Ehrendoktor der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich – ein kongenialer Stadtgenieur verpflichtet werden.

Die erste Arbeit Bürklis war es, den Bau der neuen Bahnhofbrücke zu überwachen. Sie wurde 1861/62 nach den vom städtischen Bauherrn Johann Jakob Locher gutgeheissenen Plänen durch den Bauunternehmer Obergeringenieur Johann Ludwig Pestalozzi erstellt. Obwohl dieser Brückenbau im Zusammenhang mit dem zunehmenden Eisenbahnverkehr seit 1852 zum allgemeinen Bedürfnis gewor-

den war, stritten sich Stadt und Eisenbahn-Gesellschaft jahrelang über die Kostenverteilung. Erst das Projekt für einen neuen Bahnhof lieferte letzterer schliesslich das bessere Argument: Sie werde Zürich gratis einen Bahnhof bauen, wie es vielleicht in Europa keinen zweiten gebe, erwarte von der Stadt im Gegenzug aber den Bau einer angemessenen Zufahrt auf deren Kosten. Am 10. Juli 1861 bewilligte die Gemeinde schliesslich den Kredit von knapp 1,4 Millionen Franken, allerdings erst nach heftiger Debatte und vermittelndem Eingreifen des Eisenbahndirektors Alfred Escher.

Am 22. Oktober 1860 erhielt der Regierungsrat vom Grossen Rat die Ermächtigung, dem Gemeinderat Unterstützung für verschiedene Bauprojekte zuzusagen, unter anderem für die Herstellung einer

Fahrstrasse vom Neumarktplatz (Paradeplatz) durch die Gegend des Fröschengrabens zum Bahnhof. Der erste Jahresbericht des Baukollegiums vom Mai 1861 nennt denn u. a. auch folgende dringliche Projekte: Erstellung der Fröschengrabenstrasse (Bahnhofstrasse), Anlage eines neuen Quartiers im Kratz (Fraumünsterquartier). Ausarbeitung eines «Generalplans für die Verschönerung und Erweiterung der Stadt». Erlass eines Baugesetzes und Regelung des Brunnen- und Kloakenwesens. Das Baukollegium arbeitete damals am Entwurf für ein städtisches Baugesetz, das die Bautätigkeit auf weite Sicht in einen übergeordneten Rahmen einbinden sollte. Denn man hatte erkannt, dass die rasante bauliche Entwicklung seit der Schanzenabtragung doch gewisser Leitlinien bedurfte. In seiner Sitzung vom 17. September 1861 hielt es fest: «Was vor allem die Neubauten anbetrifft, so zeugen dieselben zwar von der Rührigkeit und dem Emporkommen der Bevölkerung, erregen aber häufig ein tiefes Bedauern, dass diese blühende Entwicklung einer auf geeigneten Grundsätzen fussenden, in die Zukunft hinausblickenden Leitung beinahe gänzlich ermangelt und dass nicht nur die an der Hand gelegene Möglichkeit, Zürich mit Hülfe seiner Lage zu einer schönen, für Einheimische und Fremde gleich erfreulichen Stadt zu entwickeln, von Jahr zu Jahr mehr verschwindet, sondern auch ganz bescheidenen Rücksichten auf die Zukunft nur selten Rechnung getragen wird... Wir sind daher der Ansicht, dass auf dem Wege der Gesetzgebung die Pflicht der Behörden, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verkehrsbedürfnisse und die mutmasslich

weitere Entwicklung der Stadt Zürich einen Plan für Korrektion und Erweiterung des städtischen Strassennetzes aufzustellen, anerkannt werden müsse.» 1863 sollte dann das «Kantonale Baugesetz für städtische Orte Zürich und Winterthur», an dem Arnold Bürkli massgeblich mitgearbeitet hatte und aus dem er konkrete Baureglemente für neue Stadtquartiere ableitete, in Kraft treten. Es regelte die Interessen des Verkehrs, der öffentlichen Sicherheit und Gesundheit (Erstellung eines unterirdischen Abwasserkanalnetzes), schrieb Gebäudehöhen, Baulinien und Baucingabepläne vor.

Wichtigstes Traktandum der 24. Sitzung des Baukollegiums vom 17. Januar 1862 war «die Berathung der von Herrn Ingenieur Bürkli ausgearbeiteten und von der 1. und 2. Commission vorberathenen Projekte für auf den städtischen Liegenschaften beim Bahnhof, im Kratz und in Stadelhofen zu gründende Quartieranlagen». Stadelhofen und Bahnhofquartier wurden vorgezogen und im wesentlichen innert dreier Jahre bebauungsreif strukturiert. Der Kanton hatte nach der Schleifung der Schanzen in den 1830er Jahren den Freiraum zwischen Sihlkanal und Schanzengraben beim Bahnhof mit Zeughäusern belegt. Nachdem die Verkürzung des Schanzengrabens im Zusammenhang mit dem Bau der Bahnhofbrücke südlich des Bahnhofs bestes Bauland freigesetzt hatte, bot sich die Nutzung durch ein modernes, rechtwinklig anzulegendes Quartier mit repräsentativer Verkehrsachse zur Erschliessung des ebenfalls projektierten grösseren Bahnhofs der Nordostbahn an. Das Baukollegium trug sich mit folgender Idee: «Das (geplante) Bahnhofquartier

schliesst sich an die projektierte Fröschengrabenstrasse und den neuen Schanzengrabenkanal nach der Sihl hin an und umfasst die dazwischen liegenden, dem Staat und der Stadt gehörenden Grundstücke; es wurde nämlich dabei von der Idee ausgegangen, es sollte getrachtet werden, die Staatsbehörden zu veranlassen, keine Militärgebäude mehr in dieser Gegend, als einer mehr für kommerzielle Zwecke sich eignenden, zu erstellen, dieselben vielmehr allmählich sammt den hier zu entfernenden Zeughäusern jenseits der Sihl in die Liegenschaft des Herrn Meyer-Nägeli (heutiges Kasernenareal) zu verlegen.» Damit waren die strukturellen Voraussetzungen für den Kern der künftigen City von Zürich geschaffen, und in den folgenden Jahren entstanden gleichzeitig der neue Bahnhof, das rechtwinklige Strassensystem für das Bahnhofquartier und der Prachtboulevard der Bahnhofstrasse bis zum Paradeplatz.

Seit 1854 arbeitete der Präfekt des Departements Seine, Baron George Eugène Haussmann (1809–1891), im Auftrag Napoleons III. an der Umgestaltung von Paris und liess breite Alleestrassen durch das Häusergewirr der überfüllten und verdreckten Innenstadt brechen – und seit 1857 «war es der Wille» Franz Josephs I die Befestigung Wiens durch einen ringförmigen Boulevard mit erstklassiger, repräsentativer Bebauung zu ersetzen. Der grosse Stil beeindruckte Europa, nur: Zürich war nicht Kaiserresidenz, und sowohl Semper als auch Breitingen sollten 1868 mit ihren an Haussmann orientierten Bebauungsplänen für die Limmatstadt scheitern. Arnold Bürklis Grösse liegt nicht zuletzt in seinem ausgeprägten Sinn

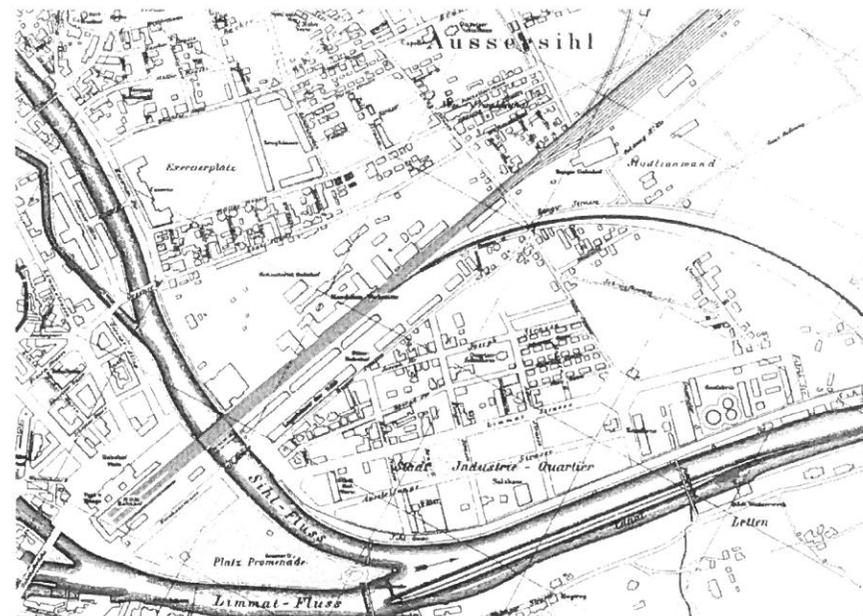
für das Machbare, für das richtige Mass: Die Bahnhofstrasse wurde nicht durch die Altstadt geschlagen, sondern folgte, unter zweifacher Krümmung, dem Verlauf des mittelalterlichen Stadtgrabens (Fröschengraben). Neider schmähten diesen «krummen» Boulevard, und kein Geringerer als der seit 1855 am Polytechnikum lehrende Gottfried Semper soll die Planer verteidigt haben: «Es gibt nichts Langweiligeres und Ermüdenderes als eine so langgestreckte schnurgerade Strasse, da man das Ziel immer vor Augen hat und doch eine halbe Stunde und mehr braucht, bis man es erreicht.» (Bürkli-Kalender 1870). Aber ebenso wie Haussmann nur unter Napoleon III. die Möglichkeit zu freier Entfaltung hatte, bedurfte es in Zürich des liberalen Zeitgeistes und eines Politikers vom Format und von der Autorität Alfred Eschers, damit Arnold Bürklis technische Begabung fruchten und seine Visionen konkrete städtebauliche Gestalt annehmen konnten!

Der Löwenplatz (nach dem ehemaligen Bollwerk «Löw» benannt) war, nach dem Pelikanplatz aus der Mitte des 17. Jahrhunderts, der zweite als exakter Rhombus angelegte Platz in Zürich. Und 1873 konnte Arnold Bürkli dieses in der Renaissance-Stadtbaukunst entwickelte Ideal eines rhomboiden Zentrums für ein rechtwinkliges bzw. sternförmiges Strassensystem im Industriequartier noch einmal verwirklichen: mit dem Limmatplatz im Schnittpunkt von Langstrasse und der ursprünglich genau 1000 m langen, 20 m breiten, schnurgeraden Limmatstrasse, deren fiktiver Ursprung die vergoldete Nullkilometersäule an der Ostfassade des Hauptbahnhofs ist (s. Plan S. 11).

Der Generalbebauungsplan von 1862 zeigt, dass das Baukollegium im unteren Teil der Löwenstrasse und an der Gessnerallee Vorgärten geplant (und dann auch gebaut) hatte, die erst um 1930 bzw. 1950 verschwanden. Die heutige Pestalozzi-Anlage an der Bahnhofstrasse war demgegenüber als Nutzfläche vorgesehen, denn es entsprach exakt der Logik dieses städtebaulichen Konzepts, den Hauptboulevard mit schattengebender Doppelallee und möglichst lückenlosen Schaufensterreihen zu säumen und in voller Länge und Breite als Verkehrs- und Flanierzone zu gestalten. Gewünschter Grünraum musste durch Verzicht auf die Bebauung eines Blockgevierts gewonnen werden. Man beachte, dass die Bahnhofstrasse fast genau senkrecht auf das Triumphbogenportal des projektierten neuen Bahnhofs trifft und eine ununterbrochene Verbindung zwischen Schiffahrt und Eisenbahn schuf. David Bürkli, der die Leser seines «Züricher Kalenders» regelmässig über die neuen Bauten in der Stadt informierte, hatte schon 1848 die Bedeutung des ersten Bahnhofs gerühmt: «Es darf uns nicht wundern, dass das edle Zürich nicht ruhte, bis es eine Eisenbahn hatte. Die Schienenwege sind für Länder und Städte, was die Landstrassen für die Dörfer und Gasthöfe sind, unentbehrlich, um nicht von der Welt abgeschnitten zu werden.» 1865–1871 entstand der neue Hauptbahnhof. Gemäss dem Programm der Bahndirektion – also Alfred Eschers – hatten Semper, Zeugheer, Stadler und Breitinger Pläne erarbeitet. Aber Escher beauftragte Jakob Friedrich Wanner, den Architekten der Gesellschaft und früheren Stadtbaumeister, sich an den neuesten

europäischen Bahnhöfen in London und Paris zu orientieren und unter Einbezug der Arbeiten Sempers den Bahnhof zu bauen.

Alfred Escher und Gottfried Semper, Architekturprofessor von internationalem Rang, hatte schon ein anderes, für die Entwicklung Zürichs zur schweizerischen Wirtschaftsmetropole und zum Zentrum technischer Forschung entscheidendes Werk zusammengeführt: das Eidgenössische Polytechnikum (erbaut 1858–1864, heute ETHZ). Escher hatte sein ganzes Prestige für den Standort Zürich eingesetzt, und Semper stellte einen Wissenschaftspalast auf die Anhöhe des früheren Kronenbollwerks, der die Altstadt einem Königsschloss gleich dominiert (s. Abb. S. 4). 1873 schliesslich gab Alfred Escher «seinen» dritten Palast bei Wanner in Auftrag: den neuen Hauptsitz der von ihm zur Finanzierung der Eisenbahnprojekte gegründeten Kreditanstalt am Paradeplatz (vollendet 1876). Der Bürkli-Kalender hielt damals treffend fest: «Entschieden! Das Westende der Kleinen Stadt, früher eine halbe Wüste und Einöde wird zur Grosstadt Zürich, und nach ihr wird die Finanz und der Grosshandel immer mehr sich hinziehen, besonders wenn sich erwahrt, dass die neue Börse auf den Baugarten zu stehen kommen soll.» Und ein Jahr später, 1878, war der Neubau der Börse an bester Lage, nämlich an der oberen Bahnhofstrasse, zwischen Post und Bahnhof, beim Hotel Baur au Lac, gegenüber dem geplanten neuen Stadthaus (an der Stelle der heutigen Nationalbank), unter Dach. Im «italienischen Baustil der besten Zeit» (Neurenaissance) errichtet und getragen



Ausschnitt aus einem Übersichtsplan von Aussersihl, vor 1880

vom Kaufmännischen Verein. Zuerst musste allerdings – als Grundrichtung für das neue Strassennetz – die Bahnhofstrasse über den «Neumarkt» (Paradeplatz) hinaus in gerader Richtung bis zum See verlängert werden. Bereits nach 1840 war südlich des alten Stadthausplatzes Terrain für die spätere «Stadthausanlage» aufgeschüttet und von der Münsterbrücke bis zur Talstrasse limmatseitig eine breite Uferstrasse vorgemauert worden. Das Projekt des Baukollegiums sah dann 1862 vor, das gesamte, damals bereits etwas verrufene, enge und armselige Kratzquartier zwischen Fraumünster und See niederzureissen und durch ein modernes, mit Geschäftshäusern zu bebauendes Grossstadtquartier zu ersetzen. Etappenweise und mit geringfügigen Änderungen entstand zwischen 1873 und 1899 das Fraumünsterquartier, dessen Blockrandmuster aus dem Stadlerschen Posthof von

1838 (heute Zentralhof) entwickelt wurde.

Arnold Bürkli war immer mehr zum führenden Kopf des Baukollegiums geworden. Seine weiteren grossen Werke als Städteningenieur waren – neben dem Aufbau eines Kanalisationssystems und einer leistungsfähigen Trinkwasserversorgung – die Einführung der elektrischen Beleuchtung und einer privaten Tramway nach amerikanischem Vorbild (Pferdetram) sowie die Planung eines neuen Quartiers beim Niederdorf mit dem Durchbruch der Zähringerstrasse 1877–1882. Diese sah bereits die erst 1911–1913 von Gustav Gull ausgeführte Erweiterung der Mühlegasse als Teil einer zusätzlichen innerstädtischen Querverbindungsachse vor. Seit 1883 war Bürkli als Kantonsrat der Liberalen Partei (1917 in «Freisinnige Partei» umbenannt) Präsident der Kommission zur Erarbei-

tion des für den gesamten Kanton gültigen Baugesetzes, das 1893 in Kraft trat.

Bleibenden Ruhm brachte ihm schliesslich der Bau der Quaianlagen als Oberingenieur der Quaibaugesellschaft, für die er die Stellung des Stadtgenieurs aufgab. Das grosse Projekt beschäftigte ihn seit seinen Arbeiten an der Bahnhofstrasse zu Beginn der 1860er Jahre. 1872 verfasste er gemeinsam mit Peter Emil Huber-Werdmüller ein «Projekt für Quai- und Quartieranlagen am rechten Seeufer, in Stadelhofen und im Seefeld». Obwohl 1874 ein Wettbewerb 27 weitere Projekte erbracht hatte, bildete es die Grundlage für die Ausarbeitung des definitiven Konzepts, das sich 1881 im «Situationsplan der projectierten Quaianlagen in Zürich» niederschlug. Trotz vieler Widrigkeiten



Arnold Bürkli-Ziegler um 1890

und nur dank gemeinsamer Anstrengungen von privaten Initianten («Quai-Garantieverein») und exakt planenden, liberal gesinnten Behörden konnten die Quaibauten unter Arnold Bürklis Leitung 1882 begonnen und 1887 vollendet werden (s. Umschlagbild). Jakob Escher, Bürklis Schwiegersohn und Biograph, charakterisiert den genialen Ingenieur, den seine politisch gleichgesinnten Vorgesetzten auch in schwierigen Phasen mit der nötigen Grosszügigkeit gefördert und unterstützt haben, treffend: «Das Geheimnis seiner ungewöhnlichen Leistungsfähigkeit, der Kunst, so viele Dinge mit- und nebeneinander zu bewältigen, lag darin, dass er sich bei seinen grossen Unternehmungen die Grundzüge und meist auch schon die spezielle Ausführung fertig erarbeitet hatte, wenn die betreffende Frage aktuell zu werden und die Gemüter zu bewegen begann.»

Arnold Bürkli kam nie in die Lage, für anstehende Aufgaben undurchdachte «Lösungen» anbieten zu müssen. Seine Werke sind deshalb von bleibendem Wert.

*Pietro Maggi*

Schriftliche Quellen: Stadtarchiv Zürich. Bebauungspläne und Architekturaufnahmen: Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich. Literatur: David Bürklis Züricher Kalender, Periodikum seit 1819, Jacob Escher-Bürkli, Lebensbild von Dr. Arnold Bürkli-Ziegler, Neujahrsblatt auf das Jahr 1905, zum Besten des Waisenhauses in Zürich, Zürich 1905 (mit vollständigem Arbeits-, Vortrags- und Schriftenverzeichnis). Roman G. Schönauer, Von der Stadt am Fluss zur Stadt am See, 100 Jahre Zürcher Quaianlagen, Zürich 1987.

## DIE GRÜNDUNG DES FREISINNIGEN VEREINS DER STADT ZÜRICH 1892

Am 31. Mai 1892 setzte Dr. Emanuel Hauser als Präsident seine Unterschrift unter die Statuten des Freisinnigen Vereins der Stadt Zürich. Wer war Emanuel Hauser, und wie kam es zu dieser Vereinsgründung?

### Emanuel Hauser (1816–1907)

Er kam am 6. Juni 1816 als zweitältestes von acht Kindern eines wohlhabenden Landwirtes in Schönenberg über dem Zürichsee zur Welt. Mit 14 Jahren trat er ins Institut Stapfer in Horgen ein, mit 18 immatrikulierte er sich an der kurz zuvor gegründeten Universität Zürich. Am 23. März 1839 bestand er das Doktorexamen und kurz darauf das medizinische Staatsexamen. Als Anhänger liberalen Gedankengutes, als begeisterter Sänger und eifriger Schütze verfolgte er mit Interesse die politischen Vorgänge seiner Zeit, die mit dem Ustertag von 1830 eingeleitete Regeneration, den konservativen Rückschlag durch den Züriluputsch von 1839 und die Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Liberalen in den Freischarenzügen und im Sonderbundkrieg von 1847. Doktor Hauser wirkte zunächst am Zürichsee, dann im Oberland und ab 1845 in Aussersihl, das bisher noch keinen Arzt gehabt hatte und medizinisch von der Stadt Zürich aus betreut worden war. Bald wurde er einer der gesuchtesten Ärzte im weiten Umkreis. Seine karg bemessene



Freizeit widmete er dem Gesang, dem Schiesswesen und der Politik. Als Student hatte er unter Hans Georg Nägeli im Studentengesangverein gesungen, später trat er dem Männerchor Zürich bei, half den Männerchor Aussersihl gründen, dem er viele Jahre als Präsident vorstand und zeitweise auch als Dirigent diente. Lange Zeit war er Präsident der Schützengesellschaft «Wilhelm Tell» (später Stadtschützenverein) und von 1857 bis 1874 Präsident des kantonalen Schützenvereins; als Präsident des Organisationskomitees der Eidgenössischen Schützenfeste in Zürich von 1859 und 1872 erwarb er sich besondere Verdienste.

Gesangs- und Schützenvereine waren im 19. Jahrhundert nicht nur im Kanton Zürich der Ort, wo Lokal- und Regionalpolitik gemacht wurde. Für einen initiativen und allseits interessierten, aufgeschlossenen Mann wie Dr. E. Hauser war der Schritt von diesen Vereinen in die lokale und kantonale Politik naheliegend: Von 1858 bis 1882 gehörte er als gesinnungstreues Mitglied der liberalen Fraktion dem Zürcher Kantonsrat an. Hier zählte er zu den treuesten Freunden und Anhängern des Regierungsrates Alfred Escher (1819–1882), des führenden Zürchers in Politik und Wirtschaft. Hier machte er auch die entscheidenden Kämpfe mit, die 1867–69 einer neuen Generation mit anderen Zielen zum Siege verhalfen, den Demokraten. In Aussersihl

war er von 1860 bis 1867 Mitglied und von 1867 bis 1882 Präsident des Gemeinderates, später Mitglied der Sekundarschulpflege und der Kirchenpflege. Die Gemeinde Aussersihl schenkte ihm 1869 das Bürgerrecht. Mit manchen Gedanken und Anregungen war Dr. E. Hauser seinen Zeitgenossen einiges voraus. Als Lokalpolitiker reichte er 1860 dem Stadtrat von Zürich das Gesuch ein, die Gemeinde Aussersihl in den städtischen Gemeindeverband aufzunehmen. Das Begehren wurde abgewiesen, die Zeit war dafür noch nicht reif. Bis es 1893 zum Zusammenschluss von elf Vorortgemeinden mit der Stadt kommen konnte, mussten kleinere Etappen zurückgelegt werden. Verschiedene Vorortgemeinden traten unter sich in ein engeres Verhältnis. Kantonsratswahlkreise, Sekundarschulbezirke und Notariatskreise waren Ausgangspunkte für solche Beziehungen. Auch baulich rückte man sich immer näher. Mitte der 1860er Jahre bildete sich die «Gemeindekommission von Zürich und Ausgemeinden». Damit wurde die Bahn betreten, die dann zur Stadtvereinigung von 1893 führte.

Dr. Emanuel Hauser zog sich erst im hohen Alter von 81 Jahren 1897 aus seinen Ämtern zurück und gab seine Praxis auf. Er wohnte zuerst in Zürich, dann in St. Gallen, wo er am 25. Januar 1907 als zweitältester Bürger der Stadt Zürich 91jährig starb.

### Der freisinnige Gemeindeverein Aussersihl

Mit wachsender Sorge beobachteten die Liberalen in den 1880er Jahren das Er-

starken der Sozialdemokratie in Zürich und in seinen Vororten. Dass die Demokraten als stärkste Partei in Aussersihl eher mit den Sozialisten zusammengingen als mit den Liberalen, beschäftigte Emanuel Hauser sehr. Um die Bürgerlichen zu einigen, gründete er am 25. März 1890 den Freisinnigen Gemeindeverein Aussersihl, womit der Begriff «freisinnig» erstmals als Bezeichnung erschien. Liberale und Demokraten wirkten zusammen; die 87 Gründer wählten Dr. Hauser zum Präsidenten. Dass ausgerechnet Aussersihl mit seiner mehrheitlich aus Arbeitern bestehenden Bevölkerung Ausgangspunkt des organisierten Freisinns war, mag eher erstaunen.

### Die Gründung freisinniger Kreisvereine

Im Hinblick auf die Stadtvereinigung wurden in verschiedenen Zürcher Vororten freisinnige Kreisvereine ins Leben gerufen, zum Teil durch Zusammenschluss bestehender Gemeindevereine, teils durch Neugründung.

Am 6. März 1892 kam es unter dem Vorsitz von alt Regierungsrat Hafter im Gesellschaftshaus Neumünster am Kreuzplatz zur Gründung eines freisinnigen Vereins für den Stadtkreis V. Ihm traten bei der Gründung 80 Mitglieder bei (die NZZ schrieb am 7. 3. «vierter städtischer Kreis», die Bezeichnungen waren noch nicht gefestigt!).

Auf Sonntag, den 13. März 1892, abends um sechs Uhr luden die Vorstände des freisinnigen Vereins Aussersihl und des Gemeindevereins Wiedikon die Stimmbürger dieser beiden Gemeinden in

die Wirtschaft «Helvetia» in Aussersihl ein. Dr. E. Hauser erläuterte «in ruhigem, sachlichem und durchaus leidenschaftslosem Votum» (wie das Protokoll sagt) Zweck und Ziel einer Vereinigung aller gemässigten Bürger. Zwischen Liberalen und Demokraten gebe es praktisch keine Unterschiede, die Demokraten wollten nur «in etwas rascherem Tempo den gemeinsamen Zielen entgegen steuern» als die Liberalen. Heute gelte es, sich zu vereinen gegen die veralteten Tendenzen der Konservativen und gegen die immer mächtiger werdende Sozialdemokratie, «den Feind aller gesellschaftlichen Ordnung». Für die Gründung eines freisinnigen Kreisvereins Zürich III wurden 71 Stimmen abgegeben, 15 Männer waren gegen diese Gründung. In den Vorstand wurden 9 Männer gewählt, Dr. E. Hauser als Präsident, ein Amt, das er bis 1897 be-

hielt. Die Statuten griffen der Entwicklung vor, sie bestimmten (§ 4): «Der Kreisverein bildet mit den übrigen vier Kreisvereinen den Freisinnigen Verein der Stadt Zürich»; dieser wurde erst am 31. Mai 1892 gegründet, und vorläufig gab es erst zwei Kreisvereine.

Am 24. März 1892 wurden gleich zwei Kreisvereine gegründet. In der Krone Unterstrass beschlossen 87 der 91 Anwesenden, einen freisinnigen Kreisverein IV zu gründen, und wählten den Tagesvorsitzenden Dr. Jean Hanimann, Oberstrass, zum Präsidenten (bis 1902); es wurde gesagt, die «bisherige Trennung der Liberalen und Demokraten» sei unnatürlich, es sei «dringende Nothwendigkeit, auf der einen Seite alle konservativ-reaktionären Elemente fern zu halten, auf der anderen Seite aber auch gegen alle socialpolitischen Utopien und anarchistischen Be-

### Statuten Freisinnigen Kreisvereins III Aussersihl-Wiedikon.

§ 1.  
Der freisinnige Kreisverein vertritt keinen abgegrenzten, engherzigen politischen Parteistandpunkt und hat zum Zweck

a) Vereinigung aller fortschrittlich gesinnten Kreiseinwohner, welchem Stande und welcher Parteirichtung sie auch angehören, behufs tatkräftiger Unterstützung einer gesunden Fortentwicklung des städtischen Gemeindegewesens.

b) Bei den dem Kreise zustehenden Wahlen (§ 16 des Zuteilungsgesetzes) mit aller Kraft darauf hinzuwirken, dass die Behörden nur aus Männern von anerkannter Tüchtigkeit und persönlicher Ehrenhaftigkeit bestellt werden.

§ 2.  
Mitglied kann jeder stimmberechtigte Einwohner sein. Die Anmeldung hat beim Vorstände zu geschehen, welcher über die Aufnahme zu entscheiden hat.

§ 5.  
Der Quästor hat jährlich der Generalversammlung Rechnung abzulegen.

§ 6.  
Eine Revision der Statuten kann in jeder Vereinsversammlung stattfinden. Diesbezügliches Verlangen muss jedoch 14 Tage vorher dem Vorstände eingereicht werden.

§ 10.  
Wünscht ein Mitglied auszutreten, so hat dasselbe dem Vorstände davon schriftlich Anzeige zu machen. Nichtbezahlen des Jahresbeitrages wird ebenfalls als Austritt betrachtet.

Aussersihl-Wiedikon, März 1892.

Vor den Vorstand  
des freisinnigen Kreisvereins Zürich III:

Der Präsident:  
Dr. Hauser.  
Der Aktuar:  
G. Baur.

strebungen energisch Front zu machen». Die Statuten wurden am 23. Juni 1892 angenommen. Ebenfalls am 24. März 1892 wurde der freisinnige Kreisverein I gegründet; seine Statuten tragen allerdings erst das Datum vom 19. April 1893. Wann schliesslich auch ein freisinniger Kreisverein II entstand, ist nicht bekannt; jedenfalls nach dem 20. Juli 1892. Damals schrieb die NZZ, der Freisinnige Verein der Stadt Zürich zähle in vier Kreisvereinen gegen tausend Mitglieder.

### Freisinniger Verein der Stadt Zürich

Die Gründung vollzog sich offenbar eher im stillen, in der NZZ war darüber gar nichts zu lesen. Sämtliche Mitglieder der Kreisvereine gehörten dem Dachverein automatisch an; jeder Kreisverein ordnete drei Mitglieder in den Vorstand des Stadtvereins ab, der sich selbst konstituierte. Bei der Gründung des Stadtvereins, am 31. Mai 1892, existierten die Kreisvereine I, III, IV und V. Solange in einem Kreis kein Kreisverein bestand, konnten dessen Einwohner Einzelmitglieder des Stadtvereins werden. Erster Präsident des Stadtvereins wurde Dr. Emanuel Hauser, Aussersihl. Ein Blick in die ersten Statu-

Stadt-kreis	ehemalige Gemeinden	Freisinnige	Demo-kraten	Sozia-listen	Total
I	Zürich (Altstadt)	16	4	2	22
II	Enge, Wollishofen	8	2	1	11
III	Aussersihl, Wiedikon	7	11	31	49
IV	Oberstrass, Unterstrass, Wipkingen	5	4	5	14
V	Fluntern und «Neumünster» (=Riesbach, Hirslanden, Hottingen)	14	10	5	29

ten gibt Aufschluss über die Zielsetzung.

Der Begriff «freisinnig» fand dann zwei Jahre später Eingang in die eidgenössische Parteibezeichnung: 1894 «Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz». Im Kanton Zürich änderte sich der Titel erst 1917 von «Liberale Partei» in «Freisinnige Partei».

Die Stärke der Vertretungen der damaligen Parteien im städtischen Parlament und die Zusammensetzung der damaligen Stadtkreise sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich; sie enthält die Zahlen von 1902, also zehn Jahre nach der Gründung des Freisinnigen Vereins der Stadt Zürich (Sitzverteilung gemäss Wahlkompromiss der drei Parteien; die Wahlen erfolgten noch nach dem Majorzverfahren).

*Peter Ziegler, überarbeitet und ergänzt von Georg Sibler*

Quellen- und Literaturnachweis:  
 Stadtarchiv Zürich VII.73: Protokoll des Freisinnigen Kreisvereins Zürich III (Aussersihl-Wiedikon) 1892–1908, Statuten des Freisinnigen Kreisvereins Zürich III 1892, Statuten des Freisinnigen Vereins der Stadt Zürich 1892, Stadtarchiv Zürich VII.104: Protokoll und Akten des Freisinnigen Kreisvereins IV (Oberstrass, Unterstrass, Wipkingen) 1892–1907, Zentralbibliothek Zürich: LK 1325 Statuten des Freisinnigen Vereins Zürich I, Neue Zürcher Zeitung 1890–1892, Nachrufe auf Dr. Emanuel Hauser: Neue Zürcher Zeitung Nr. 27 vom 27. Januar 1907, Zürcher Wochenchronik Nr. 6 vom 9. Februar 1907, Hans Müller, Geschichte der Zürcher Stadtvereini-gung von 1893, Zürich 1919, Friedrich Galler, Aus der Chronik der Gemeinde Aussersihl, Zürich 1937, Walter Baumann, Zürich, La Belle Epoque, Zürich 1973.

## STREIFLICHTER AUS DER GESCHICHTE DER FDP DER STADT ZÜRICH

### Belle Epoque – auch für die Freisinnigen der Limmatstadt ...

**Städtische Abstimmung vom 24. Nov. Freisinniger Aufruf.**  
**Stadtratswahlen.**  
 Herr Robert Müller, Vice-Direktor, Zürich I.  
 „ J. J. Müller-Cramer, Major, Zürich I.  
**Gemeindeabstimmung.**  
 Erweiterung der Friedhofanlage im Sühfeld . . . . . Ja!  
 Anlage eines Friedhofes auf dem Gugenbühl . . . . . Ja!  
 Mitbürger! Durch die Wahl des Herrn Lutz in den Regierungsrat und durch den Tod des Herrn Greb sind zwei Stellen im Stadtrat erledigt worden, zu deren Wiederbesetzung Ihr auf nächsten Sonntag zur Urne besetzen seid.  
 Die freisinnige Wählervereinsammlung schlägt einstimmig vor, die beiden Stellen zu besetzen mit den Herren Müller und Major Müller.  
 Herr Robert Müller hat bereits einmal dem Stadtrate angehört und nach allgemeinem Urteil eine sehr erprobte und fruchtbare Tätigkeit entfaltet.  
 Er hat in unserer Steuerfreien Ordnung geschaffen und im Verkehr mit dem Publikum, Arm und Reich, sich als verständigen, wohl-mollenden Mannes gezeigt, dem jede bürokratische Engherzigkeit fremd ist.  
 In den gegnerischen Fraktionen darf sich die Stadt Zürich freuen, wenn es ihr gelingt, für ihren Dienst einen Mann, wie Herrn Müller, zurückzugewinnen, der theoretische und praktische Kenntnis aller Verwaltung mit erprobter administrativer Tüchtigkeit verbindet.  
 Weder gegen Charakter, noch Talent, noch Arbeitskraft des Herrn Müller ist von irgendwelcher Seite die geringste Einsand erhoben worden. Die Gründe, die ihn bewegen, seine ökonomisch vorteilhaftere private Stellung wieder mit einer öffentlichen zu vertauschen, gereichen durchaus zu seiner Ehre.  
 Herr Major Müller ist Kandidat der demokratischen Partei. Die freisinnige Wählervereinsammlung ersucht einstimmig, ihn zu unterstützen. Wir wollen verlieren kein Zusammengehen der bürgerlichen Elemente, das in unserer Stadt eine politische Notwendigkeit ist.  
 Herr Müller gehört dem Grossen Stadtrat seit langen Jahren an und ist gewisswärtig dessen Präsident. Er hatte reiche Gelegenheit, unsere städtische Verwaltung kennen zu lernen. Unsere Jungmannschaft hält ihn vornehmlich hoch als erigen Förderer des Turnwesens und des militärischen Vorunterrichtes. Rob Charakter und Gesinnung ist Herr Müller durchaus unanfechtbar.

Inserat vom 22. November 1901 im Tagblatt der Stadt Zürich

Nach der Stadtvereinigung von 1893 setzte sich der Zürcher Stadtrat aus drei Liberalen beziehungsweise Freisinnigen, fünf Demokraten sowie einem Sozialdemokraten zusammen. Diese Sitzverteilung war aber nicht etwa das Resultat eines eigentlichen Wahlkampfes, sondern vielmehr eine Konsenslösung zwischen den wichtigsten Gemeinden, welche nun Neu-Zürich bildeten (vgl. freisinniger Wahl-vorschlag auf Seite 27).

Bei den späteren Erneuerungswahlen, die bis zur Eingemeindung von 1934 im Abstand von drei Jahren stattfanden, setzten dann jene politischen Ausmachungen ein, die uns bis auf den heutigen Tag vertraut sind.

Die Demokraten, die sich erst Jahr-

zehnte später mit den Freisinnigen zusammenschlossen, stellten im übrigen die zweite bürgerliche Kraft in der Stadt Zürich dar. Das reproduzierte Inserat belegt die engen Verbindungen zwischen den beiden Parteien bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts.

1895 eroberten die Freisinnigen einen vierten Sitz im Stadtrat und wahrten diesen Besitzstand bis 1913. Von 1913 bis 1928 stellte die FDP drei Sitze in der Exekutive, ab diesem Jahr, das den Sieg der Linken brachte, waren es bis heute noch zwei Mandate. (Ausnahmen: 1978/82 und 1986/92 jeweils ein Mandat). Die Erklärung dafür liegt in der Entwicklung unserer Demokratie zum Mehrparteiensystem.

## Kampf dem Bolschewismus und dem Sozialismus



Plakat Wahlen 1922

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sahen sich die Freisinnigen nicht allein einer erstarkten Sozialdemokratie gegenüber, sondern auch engagierten Vertretern des Kommunismus. Bei den Erneuerungswahlen von 1922 belief sich der Wähleranteil der Kommunisten auf 10,8%. Denn die Revolution in Russland hatte für einen Teil der Arbeiterklasse durchaus eine hoffnungsvolle Perspektive eröffnet.

Der Generalstreik von 1918 wirkte nach. Bürgerliche Kreise hatten in jenen bewegten Novembertagen sogar zur Bildung einer Bürgerwehr aufgerufen, um einem allfälligen Umsturzversuch wirk-



Plakat Wahlen 1925

sam entgegenzutreten zu können. Die grossen sozialen Spannungen liessen das Lager der linken Wähler grösser und grösser werden. 1925 erreichten die Sozialdemokraten im Parlament die Mehrheit. Wie die Wahlplakate von 1922 und 1925 eindrücklich zeigen, bedienten sich die Freisinnigen einer bildlichen Sprache, wenn es darum ging, den politischen Feind zu charakterisieren. Sozialdemokraten und Kommunisten waren im übrigen nicht weniger zimperlich in der plakativen Umsetzung ihrer Karikierung von Bürgertum und Kapital: Zylinder, Totengräber und Geldsäcke waren die dafür gebräuchlichsten Symbole.

## Der Freisinn im Zeichen des «roten Zürich»



Wahlplakat 1928

Bei den kommunalen Wahlen im Jahre 1928 erlangte die Sozialdemokratische Partei sowohl im Gemeinderat als auch im Stadtrat die absolute Mehrheit. Im Parlament bestand die linke Mehrheit nunmehr aus 59 Sozialdemokraten und fünf Kommunisten, in der Exekutive aus fünf Sozialdemokraten. Besonders schmerzlich für das bürgerliche Lager war die Tatsache, dass der seit 1917 als Stadtpräsident amtierende Demokrat Hans Nägeli gegen den Sozialdemokraten Emil Klöti knapp unterlag. Die nun folgende Ära



Wahlplakat 1933

unter sozialdemokratischer Führung ging als jene des «roten Zürich» in die kommunale Geschichte ein.

Die reproduzierten Wahlplakate versinnbildlichen in unmissverständlicher Sprache die Ausgangslage der Freisinnigen vor und nach dem denkwürdigen Machtwechsel: Im Vorfeld des Wahlganges ein vertrauensvoll in die Zukunft blickender Löwe, 1933 dagegen ein Besen als Symbol der Hoffnung, dass die rote Wolke dereinst wieder weggewischt werde...

## Freisinniger Beitrag zur geistigen Landesverteidigung



Veranstaltungspublikum 1940

Vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges und der Bedrohung auch der Schweiz führte die Freisinnige Partei der Stadt Zürich zahlreiche öffentliche Veranstaltungen durch, die im besten Sinne Beiträge zur geistigen Landesverteidigung darstellten. Referenten wie Karl Meyer und Emil Egli trugen dazu bei, das Selbstvertrauen der Schweiz in diesen beklammenden Zeiten zu stärken.

Wehrhaftigkeit, aufgezeigt am Beispiel des finnischen Volkes, oder Neutralität, historisch begründet durch eine tra-



Veranstaltungspublikum 1946

ditionsreiche Vergangenheit, gehörten zum Credo jener kollektiven Selbstbesinnung auf die Idee Schweiz, die mit der Landi 1939 ihren Anfang genommen hatte. Bezeichnend für dieses Suchen nach den tieferen Zusammenhängen zwischen Land und Volk ist auch ein 1942 von Emil Egli gehaltener Lichtbildervortrag zum Thema «Natur und Kultur im schweizerischen Landschaftsbild», zu dem gleichfalls die Freisinnige Partei der Stadt Zürich einlud.

## «Kalter Krieg» auf zürcherisch: bürgerlicher Schulterchluss



Wahlplakat 1949

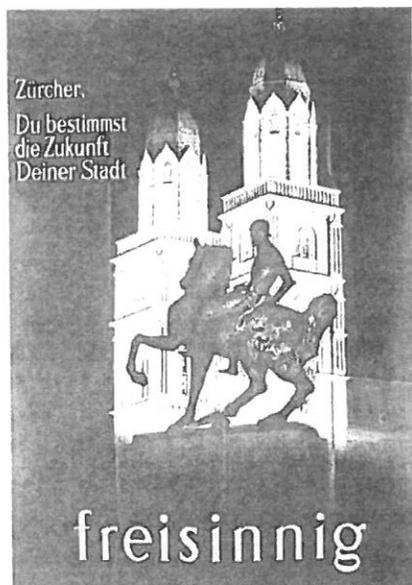
Die tieferen Gründe für Stimmungswechsel bei lokalen Wahlgängen liegen häufig in übergeordneten Ursachen. Während die bei Kriegsende weitverbreitete Sympathie für die Sowjetunion zu einem erneuten Wahlsieg für die Linksparteien führte – 1946 eroberte die Partei der Arbeit 19 Sitze im städtischen Parlament – und ein Ende des «roten Zürich» nicht abschbar schien, fiel der Beginn des kalten Krieges zwischen Russland und



Wahlplakat 1950

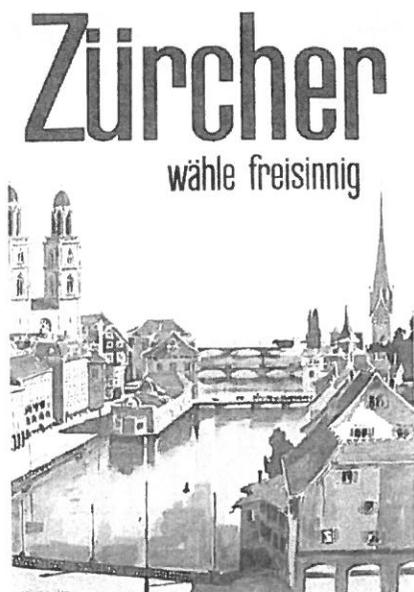
den USA zeitlich mit einem allgemeinen Unbehagen in der stadtzürcherischen Lokalpolitik zusammen. Kausalzusammenhang oder Koinzidenz? Jedenfalls kündigte sich 1949 das Ende des «roten Zürich» an. Emil Landolt wurde als Stadtpräsident gewählt; die Sozialdemokraten hatten somit nur noch 5 der 9 Stadtratssitze. In den Kommunalwahlen im Jahre 1950 verlor dann die Linke auch im Parlament ihre Mehrheit.

## Die Ära Stapi Landolt oder: «sind lieb mitenand»



Wahlplakat 1950

Das Zürich der fünfziger und sechziger Jahre erscheint in der Rückblende als eine Zeit der friedlichen Koexistenz des bürgerlichen und des sozialdemokratischen Lagers sowie der dritten Kraft im Parteienspektrum, des Landesrings der Unabhängigen. Zwar wird von allen Parteien um Wähleranteile gerungen, denn das gehört zum politischen Selbstverständnis. Doch gekämpft wird im Wissen darum, dass der Zeitgeist eine wesentliche Umverteilung der Macht weder sucht noch bedingt. Vor dem Hintergrund von Wirtschaftswunder und Hochkonjunktur gedeiht und wächst das Gemeinwesen. 1962 zählt Zürich 440 000 Einwohner.



Wahlplakat 1954

Diese Ära wird geprägt von der vermittelnden Persönlichkeit von «Stapi» Emil Landolt. Seine tolerante Haltung lässt sich am besten an seinem legendären Ausspruch «sind lieb mitenand» charakterisieren. Man lebt und lässt leben an einmaligen Volksfesten (1951, 1953, 1956) des festfreudigen Stadtoberhauptes, aber auch in der Politik. Für die Freisinnigen, die sich im Parteiengefüge als traditionsreichste Kraft verstehen, manifestiert sich diese Verbundenheit mit Zürich nicht zuletzt auch in der Wahl der Sujets für die politischen Plakate.

## INS 2. JAHRHUNDERT FDP DER STADT ZÜRICH

Als Dr. Emanuel Hauser als Präsident und Robert Billeter als Aktuar am 31. Mai 1892 ihre Unterschriften unter die von den vereinigten Vorständen der freisinnigen Zürcher Kreisvereine genehmigten Statuten des Freisinnigen Vereins der Stadt Zürich setzten, war ein Ziel verwirklicht, dass man seit Jahren angestrebt hatte. Die Bürgerlichen waren bereit, in «Gross-Zürich», das durch die Eingemeindung von 1891 geschaffen wurde, wirksam sowohl gegen konservative Tendenzen als auch gegen die immer mächtiger werdende Sozialdemokratie aufzutreten. Die ersten Statuten des Vereins nannten als Zweck, «die freisinnigen Elemente der Stadt Zürich, die auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, zu kräftiger Wirksamkeit für eine fortschrittliche Entwicklung des städtischen Gemeinwesens, des Kantons und der Eidgenossenschaft zu sammeln». Damit war der Grundstein gelegt für eine in der Stadt Zürich massgebende politische Kraft, deren Wertvorstellungen sich mit der Zeit wohl wandelten, deren Hauptanliegen aber bis heute gleich geblieben sind.



Wenn wir nun am Anfang des 2. Jahrhunderts unserer Parteigeschichte stehen, so lohnt es sich zwar, kurz Rückschau auf die vergangenen Leistungen, Erfolge und Misserfolge zu halten. Noch wichtiger aber ist unser Blick in die Zukunft und unser

politisches Programm für die Jahre, die vor uns liegen. Die Schweiz und damit deren grösste Wirtschaftsmetropole Zürich sind unzweifelhaft in einer Phase des Umbruchs. Wir müssen feststellen, dass die im letzten Jahrhundert geschaffenen und seither wohl verfeinerten, aber nie grundlegend geänderten politischen Instrumente unseres Staates nicht mehr richtig greifen wollen. Referendum und Initiative – ursprünglich gedacht als Kontrollinstrument des Volkes – werden mehr und mehr für Zwänge-reien missbraucht. Unsere Regierungen in der Stadt Zürich, im Bundeshaus und anderswo sind zerstritten. Schliesslich sieht sich unser Land zusätzlich mit einer europäischen Herausforderung konfrontiert, die nur ein geeintes Volk und eine starke Regierung bewältigen können. Die Gefahr besteht, dass eine blinde Flucht nach vorne unsere Schweiz und unsere In-

stitutionen in eine noch grössere Identitätskrise bringt.

In dieser Situation ist Führung und Vorbild gefragt. Damit ist aber nicht eine starke Führung im autoritären Sinn gemeint. Vielmehr wird unser Land und damit auch unsere Stadt Zürich in den nächsten Jahrzehnten eine Führung durch kreative Lösungsansätze und überzeugende Ideen benötigen. Genau wie vor 100 Jahren sind auch heute liberale Kräfte gefragt, die den Mut haben, wirksam sowohl gegen konservative Tendenzen als auch gegen die nach wie vor mächtigen rot-grünen Ansprüche aufzutreten. Es wird weiterhin darum gehen, für die Erhaltung liberaler Freiräume zu kämpfen. Es wird aber auch weiterhin zu unseren Hauptanliegen gehören, dass diese Freiräume durch Selbstverantwortung aufgrund ethischer Werte gefüllt werden. Unsere Forderungen sind daher nach wie vor weniger Staat und mehr Selbstverantwortung. Gerade die Verbindung dieser beiden Begriffe ist eine

klare Absage an Staatsdirigismus auf der einen und Privategoismus auf der anderen Seite. Damit verzichten wir Liberalen auch auf eine Politik der simplen Schlagworte. Dies ist zwar der schwierigere Weg, der wesentlich bequemere Weg der einfachen Rezepte führt aber bereits mittelfristig nur zu Gegenreaktionen und verhindert tragbare Lösungen.

Aufgrund dieser Analyse bin ich optimistisch für die Zukunft der FDP. Gerade jetzt ist es wieder an uns, den Gang der Dinge in der Stadt Zürich nachhaltig zu beeinflussen. Dabei ist aber die Suche nach kurzfristigem Applaus gefährlich. Tragende Ideen scheuen einfache Rezepte und stossen vorerst meist auf Skepsis. Haben wir den Mut, treu zu unseren liberalen Werten zu stehen, und die FDP der Stadt Zürich wird in ihrem 2. Jahrhundert so erfolgreich und massgebend sein wie in den vergangenen 100 Jahren. ■

*Christian Steinmann  
Stadtparteipräsident*

**W**as macht eine Partei, die ihr 100-Jahr-Jubiläum begeht? Sie möchte sich ihrer Geschichte wieder einmal bewusst werden. Sie soll auch die Gelegenheit ergreifen, die aktuelle Situation darzustellen und sich über ihre Zukunft Gedanken machen.



Welche Rolle spielen denn die Frauen in der Geschichtsschreibung der FDP der Stadt Zürich, was bewegt sie heute und morgen?

Seit bald 60 Jahren begleiten die freisinnigen Frauen, organisiert im Verein Freisinnig-Demokratischer Frauen der Stadt Zürich, ihre Mutterpartei auf dem Weg zu einer liberalen Gesellschaft, die Mann und Frau die gleichen Chancen bietet.

Die Gründerzeit der freisinnigen Frauen war geprägt vom Suchen und Finden von Formen der Zusammenarbeit mit der Stadtpartei, durch mutigen Kampf um politische Rechte für die Frauen, die gewillt waren, in einer von Unruhe geprägten Zeit ihre Verantwortung zu übernehmen. Das stete Engagement führte schliesslich 1971 mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechtes für die Frauen zu einem ersten Höhepunkt der freisinnigen

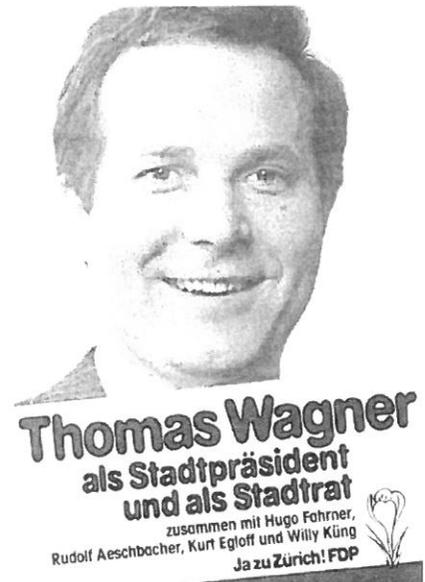
Frauenbewegung. In diesen kämpferischen Jahrzehnten fanden die Frauen in ihrer eigenen Partei die treuesten Mitkämpfer und gleichzeitig die erbittertsten Gegner. Von beiden haben sie viel gelernt!

Das folgende Jahrzehnt war für die Frauen die Zeit des Umbruchs. Ausgestattet mit allen politischen Rechten, mussten sie nun ihren Platz in der von Männern dominierten Politik finden. Hier leistete die Frauengruppe wichtige Unterstützung. Sie verhalf den Frauen zu mehr Selbstvertrauen, indem sie ihnen vorerst einmal in einem geschützten Umfeld ermöglichte, politische Erfahrungen zu sammeln. Viele Frauen haben den Zugang zur Politik, in die Kreisparteien und die Stadtpartei über die Frauengruppe, motiviert und unterstützt von dieser, gefunden. Dass die Männer über die weibliche Konkurrenz nicht nur erfreut waren, spricht nicht gegen sie, aber für die Frauen... Mit der Annahme des Gleichberechtigungsartikels in der Bundesverfassung 1981 fand die Zeit des Umbruchs ihren Abschluss.

Seither und in Zukunft gehen wir freisinnigen Frauen Schritt für Schritt



**Zeit der Gegenwelten: Krokus oder Eisbrecher?**



**Wahlplakat 1982**

Die Opernhauskrawalle von 1980 lösten Grundsatzdiskussionen zur zürcherischen Kulturpolitik aus. An der Limmatstrasse sorgte das Autonome Jugendzentrum Zürich, besser bekannt unter dem Begriff AJZ, für Schlagzeilen. Jugendunruhen, Hausbesetzungen usw. erhitzen die Gemüter. Demonstrationen mit Polizeieinsätzen gehörten im Vorfeld der Wahlen von 1982 zum Alltag und wurden zum Nährboden für einen Zusammenschluss der bürgerlichen Kräfte, die in der Bildung einer bürgerlichen Koalition ihren Höhepunkt fand. Die Wahlen brach-



**Die bürgerlichen Stadträte** und Stadtratskandidaten Willy Küng cvp, Ruedi Aeschbacher cvp, Thomas Wagner und Hugo Fähner fdp, Kurt Egloff svp. Und als Stadtpräsident Thomas Wagner.

**Zusammenarbeit schafft Vertrauen.**



**Wahlplakat 1982**

ten den Bürgerlichen im Stadt- und im Gemeinderat die Mehrheit – eine Mehrheit, die sie jedoch bereits 1986 an eine rot-grüne Allianz abtreten mussten. Bewegte Zeiten kennen ihre Symbole: Während die alternative Szene das aus ihrer Sicht frostige Klima in Zürich als Eiszeit bezeichnete und entsprechend eine Zeitschrift mit dem Titel «Eisbrecher» herausgab, erkor die FDP der Stadt Zürich im Wahlkampf den Krokus als Symbol für das angestrebte «blühende Zürich».

**WOHN- UND ARBEITSSTADT ZÜRICH: KEIN WIDERSPRUCH!**

Zürich erfüllt einen urbanen Auftrag für einen Siedlungskörper, der mit den politischen Grenzen nicht mehr übereinstimmt und ungefähr einen Fünftel der Bevölkerung unseres ganzen Landes mit einschliesst. Darin liegt die Problematik und die besondere Verantwortung von Zürich. Die sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Aufgaben unserer Stadt sind grenzüberschreitend. Trotzdem wollen wir unsere Identität als Wohnstadt nicht verlieren. Dabei ist dem Postulat einer durchmischten Bevölkerung besondere Beachtung zu schenken. Der Strukturveränderungsprozess der städtischen Einwohnerschaft in den letzten Jahrzehnten einerseits und die stete Zunahme von Wohnfläche pro Kopf andererseits stellen uns vor schwierige Herausforderungen. Die Reserveflächen in der Stadt Zürich sind begrenzt; neue Impulse für den privaten Wohnungsbau sind ebenso gefordert wie auch solche für Baugenossenschaften oder für die öffentliche Hand. Aber auch die Wirtschaft braucht neue Entwicklungsperspektiven, denn «Zürich als Wohnstadt» und «Zürich als Arbeitsstadt» sind keine Gegensätze: Sie



schliessen sich nicht aus, sondern stehen vielmehr in einer engen notwendigen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Wechselbeziehung. Hohe Qualität von Leben und Arbeiten in der Stadt setzt eine Vielfalt voraus, d. h. ein Nebeneinander von allen Funktionen, welche eine Stadt ausmachen. Die Anziehungskraft einer Stadt wie Zürich hängt wesentlich davon ab, ob die Stadt für Bewohner und Beschäftigte lebenswert, urban und kulturell aufgeschlossen ist und gute städtebauliche Qualitäten aufweist. So sprechen wir nicht von ungefähr vom «Geist», von der «Atmosphäre» und von der «Ausstrahlung» einer Stadt, was nichts anderes bedeutet, als dass die Menschen, die in der Stadt leben und arbeiten, sich in der urbanen Gemeinschaft auch wohl fühlen wollen. Zürich muss atmen können: Das gilt für die Einwohner in der Stadt, quer durch alle Generationen, für die Arbeitnehmer wie auch für die Arbeitgeber, für die Pendler, für die Besucher wie auch im übertragenen Sinn für alle Institutionen, für Handel, Industrie und Gewerbe, für private und öffentliche Einrichtungen.

Nur eine wirtschaftlich starke und gesunde Stadt ist auch in der Lage, diese verschiedenartigen Verpflichtungen zu erfüllen. Allerdings hat sich in diesem Jahrhundert ein tiefgreifender Wandel ergeben: wo früher die Drehbank stand oder rauchende Kamine die Silhouette einer Stadt beherrschten, sind heute hochautomatisierte, computergesteuerte Prozesse im Gange.

Qualitative und quantitative Entwicklungen in einer freien Gesellschaft freier Menschen finden erfahrungsgemäss nur dort statt, wo die günstigsten Rahmenbedingungen bestehen. Das gilt auch für Zürich. Die Überwindung von Spannungen in unserer Stadt, welche auch Konflikte zwischen Gesellschaft und Wirtschaft widerspiegeln, können nicht mit einfachen Rezepten überwunden wer-

den. Von allen Beteiligten und Betroffenen werden ganzheitliches Denken, Flexibilität und eine liberale Haltung erwartet. Nicht das Beharren auf Positionen oder die Fixation auf Ideologien führen zu tragfähigen Lösungen: Nur der Wille und die Bereitschaft zur Offenheit, zur Vorurteilslosigkeit und zur Verantwortung gegenüber einer sich wandelnden Gesellschaft können Zuversicht wie auch Vertrauen schaffen. So wollen wir Zürich wieder zu einer der schönsten Städte Europas machen – zu einer Weltstadt, die den Charme der Kleinstadt noch nicht verloren hat. Wir wollen zeigen, dass man in Zürich eben nicht nur arbeiten und Geld verdienen, sondern auch glücklich leben kann. ■

*Thomas Wagner*  
*Stadtrat*

## GESTALTUNG DER ZUKUNFT DER BEITRAG DES NICHT IMMER GELIEBTEN ZÜRCHER FREISINNS

Das Gewicht von Zürich und jenes der FDP liegen am nationalen Massstab gemessen in der gleichen Grössenordnung. So umfasst der Kanton Zürich einen Sechstel der schweizerischen Bevölkerung und erbringt – als Ausdruck seiner Wirtschaftskraft – einen Viertel des Ertrags der direkten Bundessteuer. Die FDP hat 1991 in Stadt, Kanton und Bund Wähleranteile von etwas unter einem Fünftel bis knapp einem Viertel erreicht. Kanton und Partei beherrschen also die Nation wahrhaft nicht. Und doch gelten sie als Eckpunkte, ja in der Kombination des «Zürcher Freisinns» als eine nicht durchwegs heiss geliebte Einflussgrösse.

Kanton und Stadt Zürich sind über ihren rein zahlenmässigen Anteil hinaus wichtige Bezugspunkte im wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Geschehen. Die Rolle als Finanzplatz von internationalem Rang und damit als Arbeitsplatz ist anerkannt, die Funktion als wichtiger Ausbildungs- und Forschungsplatz mit 32 000 Hochschulstudenten verdient verstärkte Beachtung, und die Stellung als Zentrum hat zur Folge,



dass hier private und öffentliche Dienste in hoher Qualität und Dichte angeboten werden, dass aber auch die neuen gesellschaftlichen Probleme, die Umweltbelastung und die starke Beanspruchung unseres begrenzten Raumes in Zürich als

Stadt und Kanton besonders deutlich in Erscheinung treten. Vorzüge stehen eben nicht allein, sondern verbinden sich mit Herausforderungen und mit anspruchsvollen Aufgaben. Das goldene Dreieck, zu dem Zürich nach verbreiteter freundeidgenössischer Aussage gehören soll, mag Dreieck sein (für die Lokalisierung der anderen Ecken werden viele Varianten geboten), golden ist es nicht.

Unsere FDP wurde in den letzten Jahren auch dort für vieles verantwortlich gemacht, was in unserem Staat nicht dem Ideal entsprach, wo die Entscheidungsträger nicht freisinnige Magistraten waren. Die Partei habe vom Frühjahr auf den Herbst 1991 Wähleranteile verloren, wird uns gesagt, weil sie nicht klar genug Position bezogen habe. Beides hat die gleiche Quelle. Die FDP ist in besonders ausgeprägtem Mass in die nationale Verantwortung eingebunden. Im

ganzen Land vertreten, in der Stadt und auf dem Land beheimatet, für alle Bevölkerungsgruppen und für Menschen verschiedener religiöser Bekenntnisse da, der Freiheit und damit der Öffnung verpflichtet, ist sie ausgesprochene Repräsentantin des schweizerischen Gleichgewichtssystems. Sie will mehr gestalten als bekämpfen, sie will Lösungen für die brennenden Probleme unserer Zeit und sucht nicht den Weg ins Schneckenhaus, ihre Stärke ist das Ja und nicht das Nein. Das lässt sich nicht immer einfach verkaufen, aber es ist langfristig die richtige Politik, weil sich die FDP an den Werten der freiheitlichen Gesellschaft orientiert und auf Leistungen statt auf Effekt aufbaut.

Der Zürcher Freisinn ist heute besonders gefordert. Die rasche und tiefgreifende Veränderung des internationalen Umfeldes zeigt, dass der berühmte kleine Schritt, den wir zum angeblichen Meisterwerk schweizerischer Politik hochstilisiert hatten, nicht mehr Patentrezept sein kann. Unser Land steht in einem dreifachen harten Wettbewerb: wirtschaftlich, wo wir unsere Position nicht mehr durch Qualität allein behaupten können, sondern mit Innovation und Zukunftsausrichtung festigen müssen; geistig, wo wir uns zu entscheiden

haben, ob wir vorne mithalten oder bloss zweitrangig nachvollziehen, was andere uns vormachen; politisch, wo wir die Position unseres Landes nicht durch Abwarten und Vorgaukeln einer heilen Welt stärken werden, sondern durch aktives Engagement mit Zukunftsvisionen auch auf internationaler Ebene. Gefordert ist auf diese Art nicht ein anonymes Kollektiv, gefragt sind Leistungen, die letztlich nur der Einzelne erbringen kann. Exponenten der FDP haben immer wieder durch ihre Arbeit und ihre Kreativität neue Lösungen entwickelt und diese auch verwirklicht. Dieses individuelle Engagement für die gemeinsame Sache ist nötiger denn je.

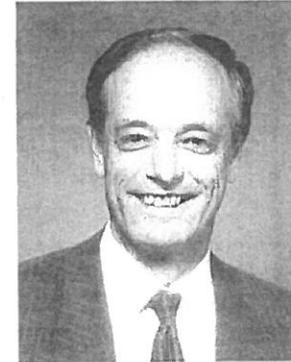
Die FDP hat die moderne Schweiz geschaffen: sie ist heute aufgerufen, durch Willen und Können an der Festigung der Stellung unseres Landes zu arbeiten, damit wir in einem Europa, das sich neu strukturiert, und in einer Welt, die gewaltige Probleme zu lösen hat, bestehen können. Das ist nicht Aufgabe der Zürcher allein, aber der zürcherische Beitrag ist unerlässlich und wird auch erwünscht sein, wenn wir ihn als Partner in der von unserer FDP verkörperten nationalen Vielfalt erbringen. ■

*Rico Jagmetti*  
*Ständerat*

**D**er Unternehmer ist ein Mensch, welcher seine eigenen Ideen mit eigener Arbeit und eigenem Geld in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko realisiert.

Der Beamte dagegen befasst sich meist mit Ideen Dritter: er arbeitet für einen garantierten Lohn während einer 42-Stunden-Woche, finanziert durch Steuergelder oder Gebühren; die Verantwortung ist breit verteilt, und das Risiko liegt bei der Stadt.

Klar, dass der Beamte eine völlig andere Einstellung zu seiner Arbeit und zu seiner Verantwortung entwickelt als der Unternehmer. Seine Motivation und seine Risikobereitschaft sind gehemmt, teils aus natürlichem Hang zur Bequemlichkeit, teils aus gesundem Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Steuerzahler. Der Beamte wird sich bei seinen Entscheiden gegen oben und unten, links und rechts absichern. Die Entscheide werden meist sehr ausführlich geprüft, von vielen Personen begutachtet und juristisch abgesichert; sie dauern entsprechend lang, sind entsprechend teuer, meist wenig mutig, andererseits aber auch sicherer und ausgewogener als die Entscheide des



Unternehmers.

Ist es nun erwünscht, die Stadtverwaltung zu führen wie eine private Unternehmung, und wäre das überhaupt möglich?

Sicher gibt es auch in einer Stadtverwaltung weite Bereiche, die privat oder halbprivat rationeller geführt werden könnten. Ich denke an Gasversorgung, Schlachthof, Tiefbau, Gartenbau, Forstamt, Spitäler, Altersheime, Krippen, Liegenschaftenverwaltung, Wohnungsbau, Liftkontrolle und vieles andere. Dort wo Vergleiche zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft möglich sind, zeigt es sich immer wieder, dass letztere effizienter arbeitet. Es ist zum Beispiel möglich, privat Wohnungen zu bauen, welche trotz teurem Boden und höherem Wohnungsstandard zehn Prozent billiger vermietet werden können als weniger gute, subventionierte Wohnungen der öffentlichen Hand; Dies wird hauptsächlich erreicht dank der viel rascheren und effizienteren Planung in der Privatwirtschaft. Dort wo eine Privatisierung nicht möglich ist, kann der Verwaltung etwas mehr Unternehmmergeist eingepflegt werden durch klare Zielsetzungen und Leistungs-

aufträge. Dies gilt beispielsweise für die Verkehrsbetriebe, die Polizei und den Zivilschutz, aber auch für die Schule.

Ein weiterer wesentlicher, grundsätzlicher Unterschied zwischen einer privaten Unternehmung und der Stadtverwaltung liegt ferner in der Führungsstruktur. Während eine gut geführte Firma eine Geschäftsleitung hat mit einem einzelnen obersten Verantwortlichen oder allenfalls einem Team, in welchem alle am gleichen Strick ziehen, wird die Stadt «geführt» von einem heterogen zusammengewürfelten Stadtrat. Und wenn das gut schweizerische Kollegialitätsprinzip nicht mehr spielt, wird die Exekutive sehr rasch geschwächt. Nicht nur das Ansehen, auch die Durchschlagskraft des Stadtrates geht dann verloren. Der Schaden, welcher dabei entsteht, kann beträchtlich sein, insbesondere weil der Stadtrat ja nicht ausgewechselt wer-

den kann wie eine untaugliche Geschäftsleitung.

Zürich ist für uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Zürich ist aber keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Es steht in Konkurrenz zu hundert anderen europäischen Städten, welche gleiche kulturelle, soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgen. Zürich benötigt in diesem Konkurrenzkampf eine entschlossene, berechenbare Stadtregierung, eine liberale Stadtentwicklungsordnung, eine zurückhaltende Steuerpolitik, gute Verkehrsverbindungen und ein hohes Niveau der Schulen und Kulturinstitute.

Nur wenn Zürich als Unternehmen gesund und dynamisch bleibt, kann es in diesem harten Konkurrenzkampf bestehen, seine prominente Stellung in Europa erhalten und so seine Freiheit und seinen Wohlstand sichern. ■

*Hans Wehrli*  
Stadtrat

## Denn Politik lebt vor allem vom Kampfwillen

**„Die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten“, sagt Hans Wehrli.**



Die Stadt Zürich lebt über ihre Verhältnisse. Luxuriöse Malen-schweilen behindern den Verkehr. Der Neumarkt als schönste Gasse Zürichs wird mit Platanen verschandelt, die nicht nur hässlich, sondern auch kostspielig sind. Teure Villen werden zusammengekauft, ohne dass die Stadt einen Verwendungswock dafür hatte. Die guten Steuerzahler werden vertrieben, immer mehr Beamte verwalten immer weniger Einwohner. Und bald jeder Stadtrat benötigt einen „Informationsbeauftragten“, um dem Volk zu erklären, wozu das alles nötig ist. Wie soll das 400-Millionen-Loch in der Stadtkasse gestopft werden? Die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten!

**Und wird dies im Stadtrat vertreten.**



### Wahlinsarat 1992

Politik lebt von Idealen, Hoffnungen und Erfolgen, vor allem aber vom Kampfwillen derer, die sich an der Gestaltung eines Gemeinwesens aktiv beteiligen. Die Drucklegung dieser Festschrift fällt in eine Zeit, welche die Hoffnung mit sich bringt, dass sich das politische Blatt in der Stadt Zürich schon bald wieder wenden könnte. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Vision des am 16. Februar 1992 mit Bravour in den Stadtrat gewählten Hans Wehrli zu sehen: «Max Frisch als Dichter und Architekt schrieb zur Zürcher Stadtentwicklung: „Tradition bedeutet, sich an die Aufgaben seiner Zeit wagen

**„Sicherheit ist ein Bedürfnis aller Bürger“, sagt Hans Wehrli.**



Zürich ist nicht mehr sicher, Zürich verfallend. Das mit verschiedenen Geldern. Momentan leidet der Wille, für Sicherheit zu sorgen, der Polizei fehlt es an Unterstützung, die Strafverfolgung wird behindert, weil Gefängnisse für Unterbrechungsstraflinge fehlen. Diese Missstände müssen sofort beseitigt werden. Jede Zuchtwort und jeder Zürcher muss sich abends ohne Angst durch die Stadt gehen können.

**Und wird dies im Stadtrat vertreten.**



### Wahlinsarat 1992

mit dem gleichen Mut, wie die Vorfahren ihn gegenüber ihrer Zeit hatten. Alles andere ist Imitation, Mumifikation.“ Unsere neue Bauordnung will bloss bewahren, schützen, verhindern. Statt dessen sollte der Staat liberale Rahmenbedingungen setzen, damit die Kreativität von Bauherren und Architekten nicht erstickt wird... Die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ist ein wertvolles Gut. Sie verdient mehr Respekt von seiten der Behörden, als das heute der Fall ist.»

*Roman G. Schönauer*